

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1

MÜNCHEN, MITTWOCH, 16. SEPTEMBER 2020

76. JAHRGANG / 38. WOCHE / NR. 214 / 3,20 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Im Internet hat man mit Leuten zu tun, die man weder kennt noch sieht und über deren geistige Verfassung man sich bisweilen wundert. Nie weiß man sicher zu sagen, ob die Person, die eben rhetorisch ihre Duftmarke in irgendeine Kommentarspalte gesetzt hat, im echten Leben nicht vielleicht ein zuckersüßes Onkelchen ist. Oder ein russischer Computerbot. Oder ein Labrador, der erschöpft seine Schnauze auf der Tastatur seines Herrchens abgelegt hat und nun wirklich nichts dafür kann, was er da eben gepostet hat. Es gibt viel Unsicherheit im Netz. Deshalb beenden Menschen ihre Textnachrichten gern mit menschlichen Gesichtern. Früher nannte man diese Gesichter Smileys, aber weil sich die Zeiten geändert haben, und im Netz inzwischen weniger gelächelt wird, dafür umso mehr andere Gefühle ausgedrückt werden, spricht man jetzt von Emojis und verzerrt Nachrichten mit allerlei bunten Piktogrammen. Der Sündenfall geschah in jenem Moment, als das Smiley zum ersten Mal geblinzelt hat.

Das klassische :-)) ist ein hilfloser Versuch, nett und peacig rüberzukommen, aber es ist immerhin ein Versuch. Das :-)) hingegen will mehr. Es will keine persönliche Dimension herstellen, sondern setzt sie voraus. Ein Tunnel blinden Einverständnisses öffnet sich und durchbohrt das Internet. Von der anderen Seite her strömt einem ein kumpeliges „Wir verstehen uns, gell“ entgegen, und man möchte gleich verwundert fragen: Ach, so gut kennen wir uns also, dass wir uns hier verschwörerisch anzinkern? Der Zwinkersmiley ist das, was früher das ungefragte Du war, nur schlimmer. Warum schlimmer? Erstens, weil heute alles schlimmer ist als früher. Zweitens, weil der Zwinkersmiley Verwirrung stiftet. Er hat keine konkrete Bedeutung. Man kann sich den Kopf darüber zerbrechen, was der Kollege sagen will, der in einer Mail schreibt: Danke, das sei doch wirklich nicht nötig gewesen, Zwinkersmiley. Soll das heißen, es war verdammte noch mal eben schon nötig, und zwar bereits gestern, du Depp? Alles, was an digitaler Kommunikation falsch und verkehrt ist, zwinkert einem lässig aus dem Zwinkersmiley entgegen. Wäre der Zwinkersmiley ein Mensch, dann hätte dieser Mensch nur einen einzigen Wunsch: Die Welt möchte bitte durch und durch persönlich werden. Aber wie soll das bitte gehen? Der Smiley wäre ein schrecklicher Mensch. Ein Mensch also, wie man ihn nur im Internet trifft.

Zum Schluss noch etwas Tröstliches: Wenn die Algorithmen der Social-Media-Konzerne irgendwann den großen Knall herbeikuratiert haben, wenn endgültig alles in Emotion und Furor versunken ist, dann wird sich aus dem Flammenmeer der letzte Zwinkersmiley erheben. Er wird zwinkern und sagen, na, hab ich's euch nicht immer schon gewinkert – und dabei streckt er der Welt die Zunge entgegen.

HEUTE

Meinung

Israel als normaler Nachbar? Unmöglich ohne Verständigung mit den Palästinensern 4

Panorama

Japan feiert seine auf der ganzen Welt bekannte „Toilettenkultur“ – mit durchsichtigen Kabinen 8

Feuilleton

Der Film „Jean Seberg – Against All Enemies“ setzt der titelgebenden Sixties-Ikone ein Denkmal 9

Wissen

Bittere Bilanz: Im Kampf gegen das Artensterben gibt es nur kleine Erfolge 13

Wirtschaft

Veronika Lindners Hof hat keinen Stall. Die Tiere werden auf der Weide geschlachtet 16

Medien, TV-/Radioprogramm 27,28
Forum & Leserbrief 12
München - Bayern 26
Rätsel & Schach 12
Traueranzeigen 10



In Flammen

Seit Wochen brennt der Westen der USA, unerbittlich fressen sich die Flammen voran. 87 große Feuer haben schon mehr als 18 600 Quadratkilometer Land verwüstet; allein im Bundesstaat Kalifornien waren fast 16 500 Feuerwehrleute im Einsatz. Die Brände werden durch heftige Dürreperioden begünstigt. Viele sehen sich wie Gouverneur Gavin Newsom in ihrer Furcht vor globaler Erwärmung bestätigt. „Der Klimawandel ist real“, sagte der Demokrat. FOTO: NOAH BERGER/AP

> Seite 2

Deutschland nimmt 1500 Flüchtlinge auf

Merkel und Seehofer wollen Familien mit Kindern von griechischen Inseln holen. Trotz Bedenken signalisieren Union und SPD Zustimmung

VON CONSTANZE VON BULLION

Berlin – Das Angebot der Bundesregierung, weitere 1500 Flüchtlinge von den griechischen Inseln zu holen, stößt in Deutschland auf Zustimmung, aber auch Kritik. Insbesondere in der CDU gibt es Vorbehalte gegen einen deutschen Alleingang. Dennoch verständigten sich Union und SPD am Dienstag darauf, dem Vorschlag zuzustimmen. Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zeigte sich zufrieden. „Zusätzlich zu den schon zugesagten Flüchtlingsgruppen werden wir gut 400 Familien von fünf griechischen Inseln übernehmen“, sagte er der Süddeutschen Zeitung. „Dabei handelt es sich ausschließlich um Personen, die ihre Asylverfahren bereits erfolgreich abgeschlossen haben und schutzberechtigt sind.“

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos hatte Seehofer bereits 150 unbegleiteten minderjährige Flüchtlingen die Einreise nach Deutschland in Aussicht gestellt. Zehn weitere EU-Staaten beteiligen sich an der Aktion. In Deutschland sorgte Seehofers Entscheidung für Kritik. Angesichts der Not von mehr als 12 000 obdachlos gewordenen Flüchtlingen sei das deutsche Angebot völlig unzureichend, hieß es in der SPD, bei Linken und Grünen. Etliche Städte und Bundesländer drängten auf die Erlaubnis, weitere Geflüchtete aus Moria übernehmen zu können. Seehofer lehnte dies ab, auch mit der Begründung, es dürfe in der Flüchtlingsfrage keinen deutschen Alleingang geben. Nun hat er sich mit der Bundeskanzlerin auf eine Übernahme von 1500 weiteren, schutzbedürftigen Personen verständigt. Sie sei-

en vom UN-Flüchtlingshilfswerk benannt worden, sagte Seehofer. Deutschland handle in Absprache mit Griechenland, aber ohne Unterstützung weiterer Nachbarländer. „Es gibt bis zur Stunde keinen einzigen EU-Staat, der sich beteiligt“, sagte Seehofer am Dienstag nachmittag. Deutschland bemühe sich um weitere Unterstützung. „Aber wir können nicht ewig warten.“

Dass Deutschland nun allein vorangeht, obwohl die Bundesregierung dies zuvor abgelehnt hatte, sorgte bei CDU-Innenpolitikern im Bundestag für Verstimmung. Sie warnten vor einer Sackgasse. Seehofer und Merkel wollten ihre Pläne am Dienstagabend der Unionsfraktion unterbreiten. Eine Zustimmung galt – trotz aller Bedenken – als sicher. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hatte die SPD aufgefordert, den Kompromiss mitzutragen.

In der SPD wollte man sich zunächst noch auf keine feste Zahl für weitere Geflüchtete festlegen. Der SPD-Innenpolitiker Lars Castellucci zeigte sich dennoch optimistisch. „Es kommt Bewegung in die Sache. Das kommt durch unseren Druck zustande“, sagte er der SZ. Jetzt müsse auch über die Einrichtung neuer Flüchtlingslager an der EU-Außengrenze beraten werden. „Wir wollen, dass die Lager offen sind.“ CSU-Chef Markus Söder lobte die Initiative der Bundesregierung als sehr guten Kompromiss. Er sei froh, glücklich und voll des Lobes, sagte der Grünen-Politiker Winfried Kretschmann. Die grüne Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, forderte hingegen die Übernahme von 5000 Flüchtlingen aus Griechenland. Der Plan der Regierung sei ein „Alibi-Angebot.“ > Seiten 4 und 7

Weiß der Kuckuck!

Wie ein falsches Zitat von Sophie Scholl auf Demo-Plakaten landete

gen gebracht, „weil sie lügen, sondern weil sie die Wahrheit reden.“ Und Sophie Scholl. Ihr Konterfei, schulterlange Haare, klarer Blick, war ein beliebtes Motiv auf den Querdenker-Demonstrationen der vergangenen Wochen, versehen mit dem Ausspruch: „Der größte Schaden entsteht durch die schweigende Mehrheit, die nur überleben will, sich fügt und alles mitmacht.“ Alle diese Zitate eint genau eines: Sie sind Quatsch.

Sophie Scholls Kuckuckszitat hat dabei eine besonders erstaunliche Karriere hingelegt. Erst vor zwei Monaten, im Juli, ist es Gerald Kriehofer das erste Mal untergekommen, auf Twitter, im August schon wurde es auf Plakate gepinselt. Jetzt, im September, sagt er, gehöre es zu

den beliebtesten vermeintlichen Bonmots von ihr im Netz. Kriehofer fand von Anfang an: Es wirkt komisch. Der Wiener Philosoph betreibt so etwas wie eine Zitat-Prüfstelle, mehr als 500 angebliche Aussprüche von Adorno bis Zola hat er mithilfe von Gleichgesinnten schon auf seiner Website entlarvt. Wenn in Kriehofers Ohren etwas seltsam klingt, geht er dem nach, durchforstet Bibliotheken und durchkämmt das Internet. Bei Scholl stolperte er über die „schweigende Mehrheit“. Diese Formulierung sei im deutschen Sprachgebrauch erst seit den 60er-, 70er-Jahren üblich, abgeleitet von dem englischen Ausdruck *silent majority*. Auch die Sophie-Scholl-Biografin Maren Gottschalk hat von dem Spruch noch nie

gehört. Hildegard Kronawitter von der „Weiße Rose Stiftung e.V.“ seufzt einmal vernehmlich am Telefon und spricht dann von einem „Missbrauch“ und einer „Instrumentalisierung“ der Ikone Sophie Scholl, die seit Jahren zu beobachten sei. Und überhaupt: Selbst wenn das Zitat stimmen würde, wäre es immer noch eine vollkommene Verzerrung, es auf hiesige Verhältnisse anzuwenden. Ein Neffe von Scholl, Julian Aicher, taucht derzeit auf Querdenker-Veranstaltungen auf, auch auf einer „zu Ehren der Weißen Rose“ betitelten Ende August in Forchtenberg, dem Geburtsort der Widerstandskämpferin.

Von Immanuel Kant gibt es ein Zitat, das stimmt, es ist aus der „Kritik der reinen Vernunft“: „Der Mangel an Urteilskraft ist eigentlich das, was man Dummeheit nennt, und einem solchen Gebrechen ist gar nicht abzuhelfen.“ Auf Plakaten taucht es nicht auf. MAREEN LINNARTZ

Bundesregierung will drei Pharmafirmen fördern

Gesundheitsministerium arbeitet an Konzept, wie ein möglicher Corona-Impfstoff verteilt werden soll

Berlin/München – Die Bundesregierung will deutsche Pharmaunternehmen bei der Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus finanziell unterstützen. Das Mainzer Unternehmen Biontech soll 375 Millionen Euro erhalten, teilte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) mit, Curevac aus Tübingen sind 252 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Auch das in Dessau-Roßlau ansässige Unternehmen IDT Biologika soll Karliczek zufolge Förderung erhalten. Die Verhandlungen seien allerdings noch nicht abgeschlossen.

Karliczek sagte, sie halte es für denkbar, dass „Mitte 2021 ein Impfstoff zur Verfügung steht, mit dem breite Teile der Bevölkerung geimpft werden können“. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betonte, sein Haus arbeite daran, schon vor-

her eine Strategie zu erarbeiten, wie und in welcher Reihenfolge die Bürger geimpft werden können. So gebe es Überlegungen, gerade für temperaturempfindliche Vakzine regionale „Impfzentren“ einzurichten. „Wir werden, da bin ich sehr sicher, wenn ein Impfstoff zugelassen ist, in absehbarer Zeit ausreichend für alle haben“, sagte Spahn. Doch in der Anfangsphase müsse man priorisieren: Zuerst sollten etwa Menschen, die ein besonderes Risiko haben, schwer an Covid-19 zu erkranken, eine Impfung bekommen dürfen. Auch Mitarbeiter des Gesundheitswesens sollten früher als andere geimpft werden. Hierzu würden derzeit Konzepte erarbeitet. Eine Impfpflicht lehnt Spahn nach wie vor ab.

Nie zuvor haben weltweit so viele Wissenschaftler und Pharmafirmen an einer ähnlichen medizinischen Aufgabe gearbeitet. Dabei werden verschiedene Strategien verfolgt und das erhöht die Chance, dass einer der Kandidaten erfolgreich sein könnte. Ziel der Impfung ist es, dass Antikörper gegen das Virus gebildet werden. Die Impfstoffe von Biontech und Curevac sind beide gegen die Andockstelle gerichtet, mit der Coronaviren in Körperzellen eindringen. In beiden Fällen wird die Erbsubstanz mRNA in eine Hülle verpackt in den Muskel gespritzt. Die Muskelzellen bilden daraufhin das Andockmolekül an ihrer Oberfläche aus. Dort wird es vom Körper als fremd erkannt, und das Immunsystem bildet Antikörper dagegen. Im Falle einer Infektion mit Sars-CoV-2 können die Antikörper die Erkrankung verhindern oder den Verlauf abmildern. Der Impfstoff

der Dessauer Firma IDT Biologika nutzt Adenoviren als Gen-Fähre, um den Bauplan für das virale Andockprotein in den Körper zu bringen. In den abschließenden Phase-III-Studien geht es darum, die Wirksamkeit der Impfstoffe an möglichst vielen Freiwilligen zu testen. Von „Tausenden, ja Zigtausenden“ Probanden sprach Spahn. Einige der Versuche haben zum Ziel, dass 30 000 Teilnehmer die Impfstoffe ausprobieren, bevor sie zugelassen werden. Dass es dabei zu Rückschlägen kommt, wie kürzlich während der Oxford-Studie mit dem Impfstoff von Astra Zeneca, die aufgrund neurologischer Störungen bei Probanden unterbrochen werden musste, sei „nicht unüblich“, sagte Spahn. WERNER BARTENS, KRISTIANA LUDWIG > Seite 4

der Dessauer Firma IDT Biologika nutzt Adenoviren als Gen-Fähre, um den Bauplan für das virale Andockprotein in den Körper zu bringen.

In den abschließenden Phase-III-Studien geht es darum, die Wirksamkeit der Impfstoffe an möglichst vielen Freiwilligen zu testen. Von „Tausenden, ja Zigtausenden“ Probanden sprach Spahn. Einige der Versuche haben zum Ziel, dass 30 000 Teilnehmer die Impfstoffe ausprobieren, bevor sie zugelassen werden. Dass es dabei zu Rückschlägen kommt, wie kürzlich während der Oxford-Studie mit dem Impfstoff von Astra Zeneca, die aufgrund neurologischer Störungen bei Probanden unterbrochen werden musste, sei „nicht unüblich“, sagte Spahn. WERNER BARTENS, KRISTIANA LUDWIG > Seite 4

Merkel lobt Zentralrat der Juden

Kanzlerin warnt bei Festakt vor zunehmendem Antisemitismus

Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Zentralrat der Juden zum 70. Jahrestag seiner Gründung als „fest verankerte Institution und bedeutende Stimme in unserem Land“ gewürdigt. Die jüdische Gemeinschaft insgesamt könne stolz darauf sein, „was sie im Vertrauen auf sich selbst und im Vertrauen in unser Land aufgebaut und geleistet hat“, sagte Merkel in einer Feierstunde an der Neuen Synagoge in Berlin. „Wir dürfen uns über ein blühendes jüdisches Leben freuen“, sagte sie. Das sei aber nur ein Teil der heutigen Lebenswirklichkeit. Der andere sei, dass sich viele Juden in Deutschland nicht mehr sicher und nicht respektiert fühlen. „Es ist eine Schande und beschämt mich zutiefst, wie sich Rassismus und Antisemitismus in diesen Zeiten äußern“, betonte Merkel. Der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, würdigte die Gründer der Organisation als „Pioniere“. Sie hätten das Samenkorn für neues jüdisches Leben nach dem Holocaust gelegt und damit dem Land einen riesigen Vertrauensvorsprung gegeben. Er räumte aber ein, dass sich in die Jüdische Gemeinschaft ein Unbehagen eingeschlichen habe. „Leise stellt sich die Frage, wie sicher wir in diesem Land noch leben können“, sagte er. Im vergangenen Jahr habe es mehr als 2000 Straftaten gegen jüdisches Leben gegeben, darunter das Attentat von Halle. NIF > Seiten 4 und 5

Heckler & Koch erwägt rechtliche Schritte

Oberndorf – Nachdem das Verteidigungsministerium sich beim Sturmgewehr-Großauftrag gegen den Hersteller Heckler & Koch entschieden hat, erwägt die Firma rechtliche Schritte. Sie würde „alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen“, sagt Vorstandschef Jens Bodo Koch. Nach SZ-Informationen soll Mitbewerber C. G. Haenel ein über die Lebensdauer betrachtet 52 Millionen Euro günstigeres Angebot abgegeben haben. sz > Seiten 4 und 6

Delivery Hero schafft 1000 neue Jobs in Berlin

München – Der Essenslieferdienst Delivery Hero, seit drei Wochen im Dax vertreten, plant in seiner Konzernzentrale in Berlin einen deutlichen Mitarbeiteraufbau. „Berlin ist ein guter Platz für uns, hier bekommen wir viele hervorragende Talente“, sagte der Vorstandsvorsitzende Niklas Östberg der Süddeutschen Zeitung. Die Firma ist weltweit in mehr als 40 Ländern tätig, hat insgesamt rund 25 000 Mitarbeiter und sitzt in Berlin. sz > Wirtschaft

Massive Probleme bei Notfallnummer

München – Ärzte in Niedersachsen beklagen massive Probleme mit der 116 117, der Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes. Warteschleifen von bis zu einer Stunde seien keine Seltenheit. Die Mitarbeiter des Callcenters, das die Hotline seit Ende Mai betreibt, hätten nicht die nötige medizinische Kompetenz, um Anrufern in Notlagen zu helfen und deren Krankheitsbild richtig einzuschätzen. Die Versorgung der Patienten sei gefährdet. sz > Seite 5

Dax ▲	Dow ▲	Euro ▼
Xetra 17 Uhr 13227 Punkte	N.Y. 17 Uhr 28155 Punkte	17 Uhr 1,1839 US-\$
+ 0,26%	+ 0,58%	- 0,0029

DAS WETTER

TAGS 32°/9° NACHTS

Im Nordwesten und Südosten erst neblig, später wechseln sich Sonne und Wolken ab. Nachmittags im Voralpenland, Bayerischen Wald und im Westen Schauer oder Gewitter möglich. 24 bis 32 Grad, an den Küsten kühler. > Seite 14

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/zeitungsapp

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte), Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A. B. F. GR. I. L. NL. SLO. € 3,70; ES (Kanaren): € 3,80; drk; 29; € 3,50; kn 30; Sfr. 4,90